



Teil C

Vertrag über Leistungen der Sicherheits- und Gesundheitsschutz- koordination

Gemäß der Baustellenverordnung

zwischen der Gemeinde Südheide, Am Markt 3, 29320 Südheide, vertreten durch die Bürgermeisterin Frau Katharina Ebeling,

im Folgenden: „Auftraggeber“

und

.....

im Folgenden: „Auftragnehmer“

über die Baumaßnahme

**Energetische Sanierung und Erweiterung des Dorfgemeinschafts-
und Feuerwehrgerätehauses und Errichtung einer Außentreppe in
29320 Südheide, Weesener Straße 16**



Inhaltsverzeichnis

- § 1 Gegenstand des Vertrags
- § 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrags
- § 3 Leistungen des Auftragnehmers
- § 4 Allgemeine Vertragspflichten
- § 5 Herausgabe von Unterlagen, Einsichtnahme
- § 6 Vergütung
- § 7 Fälligkeit der Vergütung/Abschlagszahlungen/Schlussrechnung
- § 8 Gewährleistung/Haftung des Auftragnehmers
- § 9 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers
- § 10 Kündigung des Vertrags
- § 11 Schlussbestimmungen



§ 1

Gegenstand des Vertrags

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen eines Koordinators gem. BaustellenV während der Planung der Ausführung sowie während der Ausführung des Bauvorhabens nach dem Leistungsbild der RAB 30 (Pkt. 3.1. und Pkt. 3.2.) sowie ggf. beauftragte besondere Leistungen für das Bauvorhaben

**Energetische Sanierung und Erweiterung des Dorfgemeinschafts- und Feuerwehrgerätehauses und Errichtung einer Außentreppe in 29320 Südheide,
Weesener Straße 16**

- 1.2 Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer für das o. g. Bauprojekt als Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator (im Folgenden: „SiGe-Koordinator“) gemäß der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (im Folgenden: „BaustellV“). Der Auftragnehmer hat dabei die Stellung eines beauftragten Dritten i.S.v. § 4 BaustellV.

§ 2

Bestandteile und Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Vertragsbestandteile sind als sinnvolles Ganzes - bei nicht auflösbaren Widersprüchen - in nachstehender Reihenfolge als Rangfolge:
- die Regelungen dieses Vertrages,
 - die Leistungsbeschreibung aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren mit allen dortigen Anlagen (**Anlage 1**),
 - der noch zu vereinbarende Terminplan für die Planung,
 - Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung – BaustellV),
 - Die Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen 1 (RAB) –RAB 01, RAB 10, RAB 30, RAB 31, RAB 32 und RAB 33 – in der während des Leistungszeitraums jeweils gültigen Fassung,
 - die AHO-Schrift Nr. 15 „Leistungen nach der Baustellenverordnung“,
 - das Angebot des Auftragnehmers vom 05.08.2025 (**Anlage 2**).



2.2 Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, gelten ergänzend und soweit einschlägig:

- die Bestimmungen des Werkvertragsrechts, § 631 BGB ff., ergänzend.
- die Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz;

Der Auftragnehmer hat weiterhin ebenfalls zu beachten:

- die baurechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften;
- die einschlägigen technischen Normen, Richtlinien und Bestimmungen;

2.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Vertragsbestandteile auf Widersprüche, Unstimmigkeiten und Unklarheiten zu prüfen und den Auftraggeber für den Fall, dass solche vorliegen, möglichst vor Ausführung der betroffenen Leistungen hierüber zu informieren. Etwaige Widersprüche oder sonstige Unklarheiten haben die Parteien möglichst umgehend einer Klärung zuzuführen und über die Art und den Umfang der tatsächlich geforderten Leistung zu entscheiden.

§ 3

Leistungen des Auftragnehmers

3.1 Der Auftragnehmer erbringt unter Berücksichtigung der Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen (RAB) alle zur Erfüllung seiner Pflichten als SiGe-Koordinator erforderlichen Aufgaben gem. Leistungsbeschreibung. Dazu zählen insbesondere:

3.1.1 Aufgaben des Koordinators während der Planung der Ausführung (**Leistungsstufe 1**). Diese Leistungsstufe umfasst die projektspezifisch erforderlichen Leistungen während der Planung der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Absatz 2 BaustellV. Die einzelnen Leistungen sind in den RAB 30 Nummer 3.1 aufgeführt und unter Beachtung der weiteren RAB und der AHO-Schrift Nr. 15 zu erbringen. Sie umfasst folgende Aufgaben:

- Koordinierung der Maßnahme aus den allgemeinen Grundsätzen nach § 4 Arbeitsschutzgesetz bei der Planung der Ausführung.
- Feststellen sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanter Wechselwirkungen zwischen den Arbeiten der einzelnen Gewerke auf der Baustelle und anderen betrieblichen Tätigkeiten oder Einflüsse auf oder in der Nähe der Baustelle.
- Aufzeigen von Möglichkeiten zur Vermeidung von Sicherheits- und Gesundheitsrisiken.
- Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan ausarbeiten oder ausarbeiten lassen und an den Planungsprozess anpassen, soweit dies erforderlich ist.
- Beraten bei der Planung der Baustelleneinrichtung.



- Gegebenenfalls Erstellen einer Baustellenordnung.
- Beraten bei der Planung bleibender sicherheitstechnischer Einrichtungen für mögliche spätere Arbeiten an der baulichen Anlage und Zusammenstellen der Unterlage mit den erforderlichen Angaben für die sichere und gesundheitsgerechte Durchführung dieser Arbeiten.
- Hinwirken auf das Berücksichtigen von Leistungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz in Ausschreibungen, Vergabe- und Bauvertragsunterlagen; gegebenenfalls Mitwirken bei der Prüfung der Angebote und der Vergabe.
- Beraten bei der Terminplanung, insbesondere bei der Abstimmung von Bauausführungszeiten, um Gefahren, die durch ein zeitliches Nebeneinander hervorgerufen werden können, zu vermeiden.
- Gegebenenfalls Mitwirken beim Erstellen der Vorankündigung und deren Übermittlung an die nach Landesrecht zuständige Behörde (z.B. Gewerbeaufsichtsamt oder Amt für Arbeitsschutz).
- Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan an den Planungsprozess anpassen, soweit dies erforderlich ist (analog § 3 Abs. 3 Nr. 3 BaustellV).

3.1.2 Aufgaben des Koordinators während der Ausführung des Bauvorhabens (**Leistungsstufe 2**). Diese Leistungsstufe umfasst die projektspezifisch erforderlichen Leistungen während der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Absatz 3 BaustellV. Diese sind in den RAB 30 Nummer 3.2 aufgeführt und unter Beachtung der weiteren RAB zu erbringen. Sie umfasst folgende Aufgaben:

- Gegebenenfalls Aushängen und Anpassen der Vorankündigung.
- Gegebenenfalls Anpassen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes bei erheblichen Änderungen der Planung, des Bauverfahrens oder des Bauablaufs Bekannt machen, Anpassen und Fortschreiben des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes sowie Hinwirken auf seine Einhaltung und auf die Umsetzung der erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen durch die beteiligten Unternehmen.
- Information und eingehende Erläuterung der Maßnahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz gegenüber allen Auftragnehmern (einschließlich der Nachunternehmer und Unternehmer ohne Beschäftigte).
- Organisieren des Zusammenwirkens der bauausführenden Unternehmen hinsichtlich Sicherheit und Gesundheitsschutz zum Beispiel durch Sicherheitsbesprechungen und –Begehungen mit Dokumentation und Auswerten der Ergebnisse. Die Begehungen erfolgen nach Erfordernis, mindestens aber 14-tägig.
- Koordinieren der Überwachung der ordnungsgemäßen Anwendung der Arbeitsverfahren durch die Arbeitgeber zum Beispiel durch Einfordern von Nachweisen.



- Hinwirken auf die Einhaltung einer Baustellenordnung und eines Baustelleneinrichtungsplanes (soweit diese vorhanden sind) hinsichtlich der Vermeidung gegenseitiger Gefährdungen. Dem SiGe-Koordinator kommt insoweit eine Weisungsbefugnis gegenüber den anderen Projektbeteiligten zu.
- Berücksichtigung sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanter Wechselwirkungen zwischen Arbeiten auf der Baustelle und anderer betrieblicher Tätigkeiten oder Einflüsse auf oder in der Nähe der Baustelle.
- Koordinieren der Anwendungen der allgemeinen Grundsätze nach § 4 Arbeitsschutzgesetz.

- 3.2 Die Beauftragung des Auftragnehmers erfolgt in Leistungsstufen. Der Auftraggeber beauftragt zunächst die Leistungsstufe 1 gem. § 3 Abs. 2 BaustellV im Umfang der projektspezifisch erforderlichen Leistungen nach der RAB 30 Nummer 3.1. Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme die Leistungsstufe 2 gem. § 3 Abs. 3 BaustellV im Umfang der projektspezifisch erforderlichen Leistungen nach der RAB 30 Nummer 3.2 abzurufen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber rechtzeitig auf die Notwendigkeit des Anschlussabrufs hinzuweisen. Für diese Leistungen werden die Termine bzw. Fristen schriftlich bei Abruf vereinbart. Ein Rechtsanspruch auf den Abruf der zweiten Leistungsstufe besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der zweiten Leistungsstufe zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschluss der ersten Leistungsstufe abrufen. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

§ 4

Allgemeine Vertragspflichten

- 4.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für das in § 1 dieses Vertrages genannte Bauvorhaben sämtliche beauftragten Leistungen und Leistungsschritte zu erbringen und dabei alle Aufgaben und Pflichten zu erfüllen, soweit sie sich aus dem beauftragten Leistungsinhalt und –umfang, den vereinbarten Vertragszielen und den Bestandteilen dieses Vertrages gegenüber dem Auftraggeber ergeben und für die Herbeiführung des geschuldeten Gesamterfolges erforderlich sind. Hierbei hat der Auftragnehmer mindestens die in den Leistungsbeschreibungen genannten Leistungen zu erbringen, die als wesentliche Arbeitsschritte Teile des Gesamterfolges (selbständige Teilerfolge) sind.
- 4.2 Der Auftragnehmer beachtet bei der Erbringung seiner Leistungen die einschlägigen behördlichen Vorschriften, Regelungen und Gesetze in der jeweils gültigen Fassung. Der Auftragnehmer hat seine Leistungen auf Grundlage der ihm vom Auftraggeber übergebenen Unterlagen (gemäß § 2 des Vertrages) auszuführen.
- 4.3 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen so zu erbringen, dass die im Rahmenterminplan definierten Termine eingehalten werden können.



- 4.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Aufforderung des Auftraggebers an projektbezogenen Besprechungen teilzunehmen und an Verhandlungen mit Behörden mitzuwirken. Die Besprechungen sind durch rechtzeitige Übersendung von Unterlagen durch den Auftragnehmer zu unterstützen.
- 4.5 Sicherheitsbegehungen sind nach Erfordernis, mindestens jedoch 14-tägig durchzuführen. Über durchgeführte Begehungen ist ein Protokoll zu erstellen und der örtlichen Bauüberwachung sowie dem Auftraggeber (Zweitexemplar) unmittelbar zu übergeben, Das Protokoll muss mindestens folgendes enthalten: Name des Koordinators, Datum, Beginn und Ende der Begehung, Ort/e der Begehung, durchgeführte Maßnahmen: Feststellungen, Koordinationsleistungen etc., notwendiger Handlungsbedarf seitens der Bauüberwachung oder des Auftraggebers. Der Koordinator hat das Protokoll mit seiner Unterschrift zu versehen.
- 4.6 Der Auftragnehmer hat sämtliche ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen unverzüglich zu sichten und ihn schriftlich zu unterrichten, wenn er feststellt, dass sie unvollständig oder unzutreffend sind oder ihre Beachtung als Grundlage der Planung und Ausführung mit den Projektzielen nicht vereinbar ist.
- 4.7 Die vom Auftragnehmer vorzulegenden Unterlagen sind dem Auftraggeber in kopier- und pausfähiger Ausführung sowie in digitaler Form auf Datenträgern zu übergeben.
- Dabei hat der Auftragnehmer die im Rahmen seines Auftrages zu erarbeitenden Unterlagen, wie Vorankündigung, Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan sowie die Unterlage für spätere Arbeiten gemäß den RAB zu erstellen, aufeinander abzustimmen und sachlich in sich schlüssig dem Auftraggeber vorzulegen. Der Auftragnehmer hat die Unterlagen als Verfasser zu unterzeichnen.
- 4.8 Auch im Übrigen ist er gegenüber dem Auftraggeber zur umfassenden Unterrichtung, Beratung und Dokumentation aller die Durchführung seiner Aufgaben betreffenden Angelegenheiten verpflichtet
- 4.9 Der für das Bauvorhaben zuständige, nach RAB 30 sowie ggf. entsprechend projektspezifischen Erfordernissen zusätzlich qualifizierte Koordinator ist schriftlich zu benennen. Bestellung und Wechsel des eingesetzten Koordinators bedürfen des schriftlichen Einvernehmens der Vertragspartner.
- 4.10 Als fachlich Verantwortliche(r) für die Erbringung der vertraglichen Leistungen wird benannt (Name, Qualifikation) gemäß RAB 30, Nummer 4:

Die Projektleitung des Auftragnehmers wird wahrgenommen durch

_____ und

_____ als Stellvertreter/-in



Sachkundige(r) SiGeKoordinator/in für die örtliche Bauüberwachung des Auftragnehmers ist

_____ und

_____ als Stellvertreter/in.

Der Auftragnehmer hat auf einen durchgängigen Mitarbeiterereinsatz hinzuwirken, d.h. dass der benannte Mitarbeiter über die gesamte Vertragsdauer eingesetzt wird.

- 4.11 Sollte der Auftragnehmer während der Dauer des Bauvorhabens den für die Erbringung der Leistung zuständigen fachlich Verantwortlichen auswechseln wollen, so hat er hierzu das Einvernehmen des Auftraggebers einzuholen. Dieser ist nicht berechtigt, die Einwilligung ohne wichtigen Grund zu verweigern. Insbesondere hat der Auftragnehmer einen in der Qualifikation und Berufserfahrung gleichwertigen Ersatz vorzuschlagen.
- 4.12 Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, an der Baustelle ein Baustellenbüro zu unterhalten.
- 4.13 Der Auftragnehmer ist im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet, alle Rechte des Auftraggebers zu wahren. Der Auftraggeber ermächtigt den Auftragnehmer den anderen am Bau Beteiligten Weisungen zu erteilen, die im Zusammenhang mit den Pflichten eines SiGe-Koordinators aus § 3 und der Beauftragung als Dritten i.S.v. § 4 BaustellV aus § 1.2 dieses Vertrags stehen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu unterrichten, wenn seine Weisungen nicht eingehalten werden.
- 4.14 Zur Eingehung rechtsgeschäftlicher Verpflichtungen, die mit Kosten für den Bauherrn verbunden sind, ist der Auftragnehmer ohne ausdrückliche schriftliche Ermächtigung nur befugt, soweit Gefahr im Verzuge ist und das Einverständnis des Auftraggebers nicht rechtzeitig zu erlangen ist. Eine rechtsgeschäftliche Vollmacht wird daher nicht erteilt.
- 4.15 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle ihm während der Durchführung des Vertrages bekanntgewordenen Daten und Fakten des Auftraggebers vertraulich zu behandeln. Dies gilt auch nach Beendigung des Vertrages. Der Auftragnehmer darf Dritten ohne Einwilligung des Auftraggebers keine Pläne aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf das Bauvorhaben beziehen.
- 4.16 Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen selbst in seinem Büro mit eigenen (angestellten oder freien) Mitarbeitern zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers ist eine Übertragung von Leistungen an Dritte



(Subplaner oder freie Mitarbeiter) zulässig. Für die im Rahmen des Angebots (**Anlage 2**) benannten Nachunternehmer gilt die Zustimmung mit Vertragsschluss als erteilt.

Bei zulässiger Unterbeauftragung ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber den insoweit übertragenen Leistungsanteil offen zu legen und mit dem Dritten die gleichen Vertragsbedingungen zu vereinbaren wie mit dem Auftraggeber.

§ 5

Herausgabe von Unterlagen und Einsichtnahme

- 5.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Zeichnungen, Unterlagen und Datenträger jederzeit dem Auftraggeber auszuhändigen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sie sowohl im dwg-, dxf- und pdf-Format als auch als Ausdruck zu übergeben. Die Unterlagen werden Eigentum des Auftraggebers. Soweit sie nicht ausgehändigt werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Unterlagen von der Beendigung seiner Leistungen an 10 Jahre lang aufzubewahren und vor einer evtl. Vernichtung dem Auftraggeber zur Aushändigung anzubieten.
- 5.2 Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den für den Auftraggeber nach diesem Vertrag anzufertigenden und zu übergebenden Plänen, Unterlagen und Datenträgern besteht nicht. Dies gilt nicht, sofern ihm in Bezug auf diese Leistung unbestritten oder rechtskräftig festgestellte Ansprüche gegen den Auftraggeber zustehen.

§ 6

Vergütung

- 6.1 Das Honorar richtet sich nach dem Angebot des Auftragnehmers für die jeweilige Leistungsstufe, (**Anlage 2**).
- 6.2 Sofern der Auftraggeber nach Vertragsschluss weitere, zusätzliche oder besondere Leistungen beauftragt, die über die hier vertraglich vereinbarten Leistungen hinausgehen und die zur Erreichung der Ziel- bzw. Aufgabenstellung notwendig sind und im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen nicht unwesentlichen Zeit- und Arbeitsaufwand erfordern, erhält der Auftragnehmer unter Zugrundelegung der Stundensätze seines Angebots (**Anlage 2**) ein zusätzliches Honorar:

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber vor Ausführung von Leistungen darauf hinzuweisen, dass es sich seiner Meinung nach um zusätzlich zu honorierende Leistungen nach dieser Vorschrift handelt, den voraussichtlichen Zeitaufwand zu benennen und die schriftliche Entscheidung des Auftraggebers abzuwarten. Soweit der Zeitaufwand hinreichend abschätzbar ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf dessen Verlangen ein Pauschalhonorar anzubieten.



- 6.3 In den Fällen, in denen zwischen den Parteien ausdrücklich und schriftlich eine Honorierung auf Stundenbasis vereinbart worden war, ist dem Auftraggeber nach Ausführung der Leistungen der Nachweis über den Zeitaufwand (Datum, Zeitaufwand, Personen, konkreter Inhalt der einzelnen Tätigkeiten) zeitnah, mindestens monatlich zur Prüfung vorzulegen.

Als Stundensätze vereinbaren die Parteien ebenso die oben benannten Stundenhonorarsätze, die sich im Angebot des Auftragnehmers (Anlage 2) finden.

- 6.4 Verzögerungen in der Leistungserbringung und der in der Leistungsbeschreibung im Projektablauf (Bauzeit) rechtfertigen grundsätzlich keinen zusätzlichen Vergütungsanspruch des Auftragnehmers. Sollten sich jedoch Verzögerungen ergeben, die der Auftraggeber zu vertreten und der Auftragnehmer nicht (mit) zu vertreten hat und welche zu einer Verlängerung der Bauzeit führen, die vom Auftragnehmer nicht hinnehmbar ist, werden die nachweislich entstandenen Mehrkosten des Auftragnehmers zusätzlich vergütet. Ein Zeitraum von sechs Monaten gilt insoweit als hinnehmbar. Zum Nachweis seiner Mehrkosten muss der Auftragnehmer auf Aufforderung des Auftraggebers seine Angebotskalkulation offenlegen.

§ 7

Fälligkeit der Vergütung / Abschlagszahlungen / Schlussrechnung

- 7.1 Der Auftragnehmer ist grundsätzlich berechtigt, Abschlagszahlungen zu verlangen. Voraussetzung für die Leistungen von Abschlagszahlungen durch den Auftraggeber ist jedoch die Vorlage einer prüffähigen Abschlagsrechnung. Abschlagszahlungen werden lediglich für die nachgewiesenen mangelfrei erbrachten Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt. Diese Abschlagszahlungen werden 30 Tage nach Zugang des prüfbaren Nachweises fällig.
- 7.2 Die Bezahlung von Abschlagsrechnungen stellt weder ein Anerkenntnis noch eine Abnahme der ausgeführten Leistung dar.
- 7.3 Nach Abschluss sämtlicher Leistungen aus diesem Vertrag und nach deren Abnahme stellt der Auftragnehmer auf der Basis der in diesem Vertrag vereinbarten Honorargrundlagen eine prüffähige Honorarabschlussrechnung. Die Begleichung dieser Rechnung erfolgt, wenn der Auftragnehmer sämtliche ihm übertragene Leistungen aus dem Vertrag erfüllt, nachgewiesen und diese Leistungen in einer prüffähigen Honorarabschlussrechnung abgerechnet hat, jedoch nicht vor Fertigstellung und Abnahme des Objektes. Die Zahlung ist binnen 60 Werktagen nach Zugang einer entsprechenden prüffähigen Rechnung des Auftragnehmers fällig.



§ 8

Gewährleistung / Haftung des Auftragnehmers

- 8.1 Die Leistungen des Auftragnehmers werden förmlich abgenommen. Eine konkludente Abnahme, z.B. durch Inbetriebnahme, scheidet aus.
- 8.2 Die Gewährleistung des Auftragnehmers richtet sich nach den werkvertraglichen Vorschriften. Die Mängelrechte gemäß §§ 634 ff. BGB stehen dem Auftraggeber bereits vor der Abnahme zu, sofern die übrigen Voraussetzungen vorliegen.
- 8.3 Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- 8.4 Die Verjährung der Ansprüche gegen den Auftragnehmer richtet sich nach den Vorschriften des Werkvertragsrechts und beträgt 3 Jahre. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers.
- 8.5 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die diese aufgrund von Verstößen gegen die BaustellV gegenüber dem AG erheben.

§ 9

Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

- 9.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung müssen mindestens für zumindest 2 Fälle pro Jahr jeweils betragen:

Für Personenschäden	3.000.000 €
für sonstige Schäden	3.000.000 €
- 9.2 Der Auftragnehmer hat den Abschluss der entsprechenden Haftpflichtversicherung über die vorstehenden Deckungssummen durch Vorlage eines Versicherungsscheines seines Versicherungsunternehmens zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und auf Verlangen jederzeit bis zur Beendigung der Leistungen nachzuweisen. Die Vorlage eines solchen Nachweises ist Voraussetzung für das Entstehen eines Anspruchs auf Zahlung jeder Art.
- 9.3 Kann der Auftragnehmer den Abschluss oder Fortbestand der Haftpflichtversicherung nicht nachweisen, gibt dies dem Auftraggeber ein sofortiges außerordentliches Kündigungsrecht des Vertrages.

§ 10

Kündigung des Vertrages

- 10.1 Beide Parteien können den Vertrag jeweils aus wichtigem Grund gem. § 648a BGB kündigen. Der Auftraggeber kann den Vertrag auch frei kündigen gem. § 648 BGB.



10.2 Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

§ 11

Schlussbestimmungen

- 11.1 Eine Aufrechnung des Auftragnehmers gegen Ansprüche aus diesem Vertrag ist nur zulässig, wenn die Gegenforderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Auftragnehmer nur ausüben, soweit es auf demselben Vertragsverhältnis beruht.
- 11.2 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Eine Abbedingung dieser Bestimmung bedarf ebenfalls der Schriftform.
- 11.3 Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden oder sollte die Vereinbarung eine Lücke enthalten, so soll hiervon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt werden. § 139 BGB ist abbedungen. An die Stelle der unwirksamen Klausel tritt die gesetzlich zulässige Regelung, die demjenigen, was die Parteien bei Abschluss des Vertrages wollten, wirtschaftlich am nächsten kommt. Beruht die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einem in diesem Vertrag normierten Maß oder einer in diesem Vertrag normierten Zeit, so soll eine dem Gewollten möglichst nahekommendes rechtlich zulässiges Maß oder eine rechtlich zulässige Zeit an die Stelle der vereinbarten Bestimmung treten. An die Stelle einer Lücke soll eine Regelung treten, die dem entspricht, was die Parteien nach Sinn und Zweck des Vertrages unter Berücksichtigung aller Umstände vereinbart hätten, wenn ihnen das Vorhandensein der Lücke bewusst gewesen wäre.
- 11.4 Der Gerichtsstand richtet sich nach dem Ort des Bauvorhabens.

Auftraggeber	Auftragnehmer
Gemeinde Südheide, den	,
<div></div>	<div></div>
(rechtsverbindliche Unterschrift)	(rechtsverbindliche Unterschrift)